

Dresdner Nachrichten

Das neue Kabinett in Frankreich. Außen-Verhandlungen. Intern. Garibon-Anstellung. Verteidigung des Reiches. Die russische Revolution. Die französische Republik. Die deutsche Reichsregierung. Die russische Revolution. Die französische Republik. Die deutsche Reichsregierung.

Das Putz- und Modewarenhaus
F. M. Horschatz
 Kleiderfabrik, Strick- und Filzfabrik, Altmärkt, gegründet 1813.
 bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Thüre zu!
 Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
Thürschlosser.
 80,000 St. im Gebrauch.
 Prospect gratis u. franco.
Curt Heinsius,
 König, Sachs, Hoffmann,
 Dresden-N.,
 Kurfürststr., Ecke Tockstr.
 (Parsprechtstr. II, Nr. 2106.)

Natürliche Mineralwässer
 garantiert diesjähriger Fällung.
Badesalze und Bade-Extrakte.
 Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hofapotheke, Dresden.

Für Radfahrer
 empfiehlt Luftschläuche, Laufdecken, Kissen- und massive Reife, Pedale etc. zu Fabrikpreisen
 Reparaturen prompt
Reinhardt Leupolt,
 Gummi-Fabrik, Wettinstraße 20.

Putz- und Modewarenhaus
C. Heinrich Barthel
 Neueste **Waisenhausstr. 30 Modelle**
 Fernspr. I, 3390.
 Eigene Strohhutfabrik.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1-3 (Hofgebäude).

Nr. 120. Spiegel: Das neue Kabinett in Frankreich. Außen-Verhandlungen. Intern. Garibon-Anstellung. Verteidigung des Reiches. Die russische Revolution. Die französische Republik. Die deutsche Reichsregierung.

Politisches.
 An die Stelle des radikalen Kabinetts Bourgeois ist in Frankreich das gemäßigte Kabinett getreten. Die bisherigen Stützen der Regierung, die Sozialdemokraten und die Radikalen, sind in Folge dieses Wechsels unversöhnliche Gegner geworden. Die dritte französische Republik hat seit 1878 nicht weniger als 29 Ministerien verwechselt, so daß man sich dort hinsichtlich an Regierungsgewalt gewöhnt hat. Ob in kurzer Zeit ein paar Ministerien mehr oder weniger ausgetauscht und wieder von der Bildfläche verschwinden, ist zwar charakteristisch für die Verwerflichkeit des ganzen parlamentarischen Regierungssystems jenseits der Pyrenäen, macht aber auf unsere Nachbarn selbst keinen tiefen Eindruck. Auch der Sturz des Ministeriums Bourgeois hat, so ungesund sich auch dessen Freunde geben mögen, größeres Entsetzen nicht hervorgerufen. Das Neue an der gegenwärtigen Situation ist einzig der Umstand, daß das Kabinett Méline dem Willen des Senats sein Dasein verdankt, während die verdrängte Regierung bis zum letzten Augenblicke das Vertrauen der Deputiertenkammer, der „Großen“ des allgemeinen Stimmrechts, besaß. Die zweite Kammer forderte daher auch ein abermaliges radikales Ministerium mit der Revision der Verfassung als Kardinalpunkt des Programms. Der Präsident Felix Faure wollte indes ausnahmsweise einmal eine selbstständige Meinung haben. Angesichts der Gegensätze zwischen den beiden Kammern machte er den Versuch, einen Ausgleich durch Bildung eines Ministeriums der Versöhnung, das alle republikanischen Kräfte zusammenfaßt, herbeizuführen. Aber es blieb bei dem Versuche. Die Gemäßigten sowohl wie die berufenen Führer der bürgerlich-radikalen Linken weigerten sich, dem geplanten Concentrations-Kabinett beizutreten. Somit blieb nichts übrig, als ein Ministerium aus den Reihen der Opportunisten und des linken Centrums zu bilden.

Das neue Kabinett macht mit seinen beiden Hauptvertretern, seinem Präsidenten Méline und dem Minister des Auswärtigen Bonotanz, einen vorteilhaften Eindruck. Beide haben den Vorschlag, nicht eigentlich Parteipolitiker zu sein. Jules Méline ist der Führer der Schutzpartei und eines der einflussreichsten Mitglieder des gemäßigten Republikanismus. Zwei Jahre hat er das Ackerbauministerium, das er auch diesmal wieder übernommen hat, und fünf Jahre das Präsidium der zweiten Kammer verwaltet. Seine Haupttätigkeit lag bisher auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung. Er war es, der durch eine eifrige Agitation als Deputierter, als Verfechter verschiedener Kommissionen und als Minister die Erhöhung aller Zölle durchsetzte. Nach der „Aktion“ verlor seine Bedeutung in gegenwärtigen Augenblicke auf folgender Betrachtung: Die französische Nation ist im Großen und Ganzen weniger als irgend eine andere für sozialistische Annahmen empfänglich. Sie schwärmt für die Anjammung kleiner Vermögen, besteht aus kleinen Kapitalisten und Grundbesitzern und hat kein Herz für die radikalen und sozialistischen Theorien, die namentlich von oben gepredigt worden sind. Auch würden diese Theorien ohne die Hilfe einer rücksichtslosen Presse niemals nach oben hin sich haben breit machen können. Es wird nun angenommen, daß Méline vermöge des großen Einflusses, den er auf dem linken Rand besitzt, wohl im Stande sein dürfte, eine Reaktion gegen den sozialistischen Ansturm hervorzurufen. Méline tritt auf als der Kopf des Eigentums und des konstitutionellen Republikanismus. Eine Hauptstütze des Kabinetts dürfte Bonotanz bilden, der sich als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten bereits früher das Vertrauen des Auslandes zu erwerben wußte. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern Bertelet und Bourgeois, die Reklame auf dem Gebiete der auswärtigen Politik waren und als solche klägliche Schiffbruch gelitten haben, zeichnet sich Bonotanz vortrefflich dadurch aus, daß er Kaufmann ist und als solcher geeignet erscheint, dem Portefeuille des Aussenwärtigen eine größere Dauer zu sichern und die Sprünge in der auswärtigen Politik zu vermeiden. Er ist insofern sachlos, als er die auswärtige Politik aus dem Rahmen der wechselnden Parteiprogramme entfernt wissen will; er ist nicht einmal Abgeordneter, und um sich nicht den Schein eines Parteimannes zu geben, hat er im Kabinett Bourgeois das Portefeuille des Aussenwärtigen nicht beibehalten.

Es wird für Méline und seine Kollegen bei der herrschenden Wirrnis eine schwere Aufgabe sein, den arg verfahrenen Staatskassen wieder in das rechte Geleise zu bringen und die Autorität gegenüber den sozialdemokratischen Umtrieben wiederherzustellen. Es thut dies natürlich noch. Die revolutionären Dröhungen des Sozialistischen und des bürgerlichen Radikalismus, selbst wenn man sie zunächst noch nicht völlig ernsthaft nehmen kann, haben doch immerhin einen Grad erreicht, daß das Prinzip des Gehens nicht länger an Waise ist. Was sich die Pariser Jakobinerpresse in den letzten Monaten an Schimpereien, Hebereien und Verwünschungen geleistet hat, übersteigt alle Grenzen und erinnert an die Zeiten des Kommune-Anstandes. Bezeichnend ist folgender Vorgang: Als Bourgeois in seiner Abschiedsrede in der Deputiertenkammer erklärte, daß die Regierung zurücktreten müßte, weil sie nach dem Senatsvotum keine Möglichkeit sah, die Erfordernisse für Madagascar in geschickter Weise sicher zu stellen, unterbrechend ihm eine Stimme von der äußersten Linken mit dem Zurufe: „Gähen Sie es doch auf ungeheure Weise geben!“ Das ist das offene Bekenntnis der Absichten der umwälzlichen Elemente, welche in der gegenwärtigen Deputiertenkammer besetzt eine Schwedenherkunft annehmen. Das nächste Ziel der revolutionären Agitationen ist die Verdrängung des Senats, der als das letzte Bollwerk vor dem Beginn der neuen Ära der Concentration angesehen wird. Der Senat allein ist nicht im Stande, der wachsenden Um-

stürzung einen festen Damm entgegenzustellen. Allerdings hat sich das Oberhaus in der letzten Zeit zu einer überraschend energiegelassen Haltung aufgestellt; hat es doch sogar ein Ministerium zu stürzen vermocht. Aber der Senat kann die Rettung ohne die Unterstützung der zweiten Kammer nicht durchführen; in dieser herrschen jedoch die Radikalen zur Zeit fast unumwunden. Von entscheidender Bedeutung bleibt die Stellungnahme des Präsidenten der Republik. Wenn dieser sich dazu zu ermannen vermöchte, entschlossen die Partei des gemäßigten konstitutionellen Republikanismus zu ergreifen, so könnten die drohenden Gefahren beseitigt werden. Aber Felix Faure scheint nicht der Mann zu sein, der den Kampf gegen die Revolution aufzunehmen wagt. Schwankt er auch fernherhin unschlüssig und unentschieden zwischen den Parteien hin und her, so wird er als das erste Opfer des Verfallens des Reiches fallen. Mit ruhigen Träumen hat er vor fünf Vierteljahren die Präsidentschaft angetreten. Er sagte damals zu seinem Freunde Deroulède: „Laßt nur ein Jahr vergehen, dann habe ich das Herz des Volkes gewonnen!“ Heute indes ist er weiter denn je von der Verwirklichung dieses schönen Traumes entfernt; er hat es mit fast allen Parteien verdrängt, weil er es mit keiner verdrängen wollte. Beachtung verdient es immerhin, daß er jetzt, wo die Entscheidungen seinen eigenen Entscheidungen anheimgegeben waren und er wieder freie Hand bekommen hatte, zu den Gemäßigten, welche ihn zum Präsidenten gewählt haben, zurückgekehrt ist, und es wird behauptet, daß er nunmehr entschlossen ist, mit der gemäßigten Politik zu leben und zu fallen. Das erste Mittel, um eine Klärung der Situation anzubahnen, wäre die Auflösung des Parlamentes. Diese Frage wird jedenfalls den Mittelpunkt der Politik der nächsten Zeit bilden. Nach dem Geschehe hat die Regierung nur drei Monate Zeit für die Vorbereitung der Neuwahlen. Hat also das neue Kabinett tatsächlich die Kammerauflösung in Aussicht genommen, so werden im Herbst die Neuwahlen stattfinden, die, wenn sie mit Würde und Geschick geleitet werden, die Hoffnungen des Radikalismus zu nichte machen könnten.

Reinheits- und Reinheits-Berichte vom 30. April.
 Paris. Kammer. Nachdem Deschanel für Bourgeois gegen das Kabinett gestimmt, leitete die Kammer die Vorarbeiten für eine von Richard angebrachte, mit der am 21. April genehmigten Tagesordnung identische Tagesordnung ab und nahm darauf einstimmig bei der Abstimmung den ersten Teil der vom Ministerpräsidenten Méline genehmigten Tagesordnung vorzulesen an, in welcher die Vorherrschend des allgemeinen Stimmrechts bekräftigt wird. Der zweite Teil der Tagesordnung, worin die Entscheidungen der Regierung gebilligt werden, wurde mit 231 gegen 196 Stimmen angenommen. Die Kammer nahm schließlich die ganze Tagesordnung mit 299 gegen 236 Stimmen an.
 Berlin. Reichstag. Das anfänglich sehr schwach besetzte Haus leitete die Beratung des Börsengesetzes bei den Bestimmungen über die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel fort. Nach § 36 der Vorlage muß mindestens ein Drittel der Mitglieder der Zulassungsstelle aus Personen bestehen, die nicht gewerbetreibend am Börsenhandel mit Wertpapieren betheiligt sind. Nach den Kommissionsbeschlüssen soll mindestens die Hälfte aus Personen bestehen, die nicht am Börsenregister für Wertpapiere eingetragen sind. Ein Antrag Fischel (rech. Volksp.) will in diesem Punkte die Vorlage wieder bestehen. — Abg. Graf Kanitz (son.) bittet den Minister v. Bodelschwingh um Verlegung des gerichtlichen Materials über den Fall Cohn und Kolenberg und beantragt Ersetzung einer Centralzulassungsstelle für das ganze Reich für ausländische Wertpapiere. Die Zulassung von Wertpapieren bedürfte gleich im ersten Stadium schärfer Kontrolle. Für inländische Papiere sei jede einzelne Böse die geeignete Emmissionsstelle, für ausländische Böse sei aber eine Centralzulassungsstelle erforderlich, denn seien dieselben an einer Stelle zugelassen, so würden sie schwer an anderen Orten zurückzuweisen. Weber erinnert dann daran, daß andere Verluste Deutschland an Portugalien, Argentinien u. c. erlitten habe. — Reichsbankpräsident Koch: Die Zulassung der Wertpapiere gehöre zur Autonomie der Börsen. Den an ausländischen Papieren entstehenden Verlusten stünden doch auch große Gewinne gegenüber, welche Deutschland an ausländischen Papieren gemacht habe. So sei an österreichischen, italienischen, russischen Papieren u. c. viel verdient worden; wenn man dem auch die Verluste an Portugalien und Argentinien gegenüberstelle, so bleibe immer noch ein erheblicher Ueberschuß. Man dürfe auch die Zulassungsstelle nicht mit einem zu großen Nimbus umgeben und in diesem Bezug eine Centralstelle schaffen. Würden deren Mitglieder vom Bundesrat ernannt, wie Kanitz es wolle, so würde dadurch auch dem Bundesrat eine große Verantwortung aufergelegt. Er bitte, den Antrag Kanitz abzulehnen. — Abg. Fischel macht noch geltend, diese an ausländischen Papieren eingetretene Verluste seien doch auch vielfach auf unvorhergesehene Ereignisse zurückzuführen. Was mit der Ermächtigung des Reiches bewirkt werde, sehe man an dem Verbot der Lombardirung russischer Wertp. — Abg. Wachen (Centr.) erklärt sich gegen die Centralstelle, weil dadurch der Handel in Wertpapieren eine noch größere Concentration zu Gunsten Berlins erfahren würde. Möglich wäre eine solche Centralstelle nur, wenn man ganz enge Beziehungen zwischen ihr und dem Aussenwärtigen Amte bestelle, jedoch dieses alle seine Mittel und Kenntnisse der Centralstelle zur Verfügung stelle. Das das geschehe, ist aber kaum anzunehmen. — Abg. Singer (Soz.): Wer ausländische Wertp. mit hohem Zinssfuß kauft, misse sich auch selbst des damit verknüpften Risikos bewußt sein. Andererseits müßte aber auch der Bundesrat mehr als bisher zu verhindern suchen, daß minderwertige Papiere an die Böse kommen, vor Allem dadurch, daß die Regierung verhindert, daß Bankinstitute, mit denen sie in Verbindung steht (Ruf: Seehandlung) — ja, die meine ich gerade — sich an solchen Emmissionen betheiligen wie an den chinesischen Anleihen neuester Zeit. Wegen den Antrag Kanitz spreche hauptsächlich, daß wie bei politischen Bewilligungen vielfach in ganz unabhägbarer Situation können, wenn der Bundesrat über die Zulassung der Centralstelle bestimme. — Geh. Rath Bernuth theilt mit, daß, nach dem Durchgange der letzten zehn Jahre berechnet, jährlich etwa 50 ausländische Emmissionen in Deutschland stattgefunden haben, abgesehen von den abgelehnten Emmissionen. Der Ausschuss würde also wesentlich auf mehrere Tage zusammenzutreten müssen, was doch auswärtigen Mitgliedern kaum möglich sein könnte. — Abg. Cohn will den Antrag Kanitz bel. rechtfertigt aber andererseits das frühere Vorgehen Wiemanns bezüglich der Lombardirung russischer Anleihen. — Abg. Hommader (nat.-lib.) erinnert der Abg. Cohn daran, daß dieser doch auch während seiner Tätigkeit bei der Deutschen Bank einen Widerpruch gegen den von der anstößlichen Vohn durch diese Bank nicht er-

haben habe. Gerade die Finanzierung dieser Vohn habe kaum dem Nationalinteresse entsprochen, denn alles Material für diese Vohn sei deutschen Ursprungs. — § 36 wird in der Fassung der Kommission angenommen. Der Antrag Kanitz fällt. — § 38 handelt von den Voraussetzungen für die Zulassung. — Abg. Hammacher beantragt Ersetzung der Bestimmungen, wonach neben den Aktien auch Obligationen ausländischer Gewerbetreibender zur Ermittlung werden dürfen, wenn die Emittenten sich verpflichten, die Bilanz u. c. jährlich in deutschen Zeitungen zu veröffentlichen. — Reichsbankpräsident Koch befürwortet diesen Antrag, der jedoch abgelehnt wird. — § 38a, nach der Kommission neu eingefügt, gestattet Emmissionen von Aktien nicht vor Ablauf eines Jahres nach der handelsrechtlichen Eintragung des Unternehmens und nicht vor Publikation der ersten Jahresbilanz. — Ein Antrag Fischel auf Ersetzung dieses Paragraphen wird vom Abg. Traeger befürwortet und vom Abg. Cohn bekämpft und schließlich abgelehnt. — Der § 41 bezeugt die Haltung auf Grund des Protokolls. — Abg. v. Strombeck (Centr.) beantragt einen Zusatz: In Stelle des Schadenersatzes soll Zuerkennung einer Geldbuße beantragt werden. — Der Antrag, gegen welchen der Unterstaatssekretär Hofe sich äußert, wird abgelehnt. — Mit § 45 beginnt der Abschnitt „Terminhandel“. Zu § 47 liegt ein Antrag Schwabe (Centr.) vor auf Verbot des Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten. — Abg. Schwabe befürwortet seinen Antrag, die Nachtheile der Valise-Spekulation in Getreide für die Landwirtschaft schärfend und dabei auch wieder auf die vorjährigen Manipulationen der Firma Cohn und Kolenberg Bezug nehmend. In den letzten Schwankungen der Preise, am Steigen und Fallen in den letzten Jahren, seien nicht die Verhältnisse schuld gewesen, sondern nur der übermäßige Terminhandel habe das gemacht. — Abg. Barth (freib. Ver.) befreit, daß der Terminhandel die Preise sämtlich bestimme. Der Terminhandel dürfe lediglich festsetzen, er habe keinen Schwerpunkt in einer festen Lieferungsqualität, ohne den Getreide in besseren Qualitäten zu liefern und in schlechteren Qualitäten zu niedrigeren Preisen zu veräußern. Das Argument des Preisrückganges, dessen sich die Gegner bedienen, sei unbegründet (Achtung rechts). Je mehr Käufer und Verkäufer auf dem Markt seien, um so schwieriger seien wirkliche Preisbildungen, gerade die große Zahl der spekulativen Käufer und Verkäufer verdränge daher die Stabilisierung der Preisbildung. Je größer der Markt, desto schwieriger sei es auch für die kapitalstärksten einzelne Hand, den Preis wirklichlich zu beeinflussen, gleichviel in welcher Richtung. Gerade in dem man den Terminhandel ausschliesse, bestehe man den Großkapitalisten Vorschub. Das ist Ihre Mittelstandspolitik, meine Herren! (Zur Rechten). Dieselben Kreise, welche heute das Verbot des Terminhandels verlangen, werden, wenn sie gute Erträge haben, später kommen und sagen: Gebt uns den Terminhandel wieder (Beifall und Lachen). — Minister v. Bodelschwingh: So wie der Terminhandel jetzt ist, entspricht er nicht den Erfordernissen von Produktion und Konsumtion, aber wir glauben allerdings, Bedingungen gefunden zu haben, welche die Bedenken gegen den Terminhandel soweit beseitigen, daß er im Uebrigen fortbestehen kann. Die Schwankungen, zu welchen der Terminhandel bisher Anlaß gegeben hat, waren doch sehr ansehnlich, das zeigt Ihnen auch der Fall Cohn und Kolenberg. Es ist dieser Firma „mit Geschick“ dieser Ausbruch ist wohl nicht ganz richtig (Beifall rechts) gelungen, den Preis stark zu drücken. (Achtung links: Auf wie lange?) Nun, doch ungefähr auf drei Wochen. Die verdrängten Regierungen meinen also, der Terminhandel kann nur unter Bedingungen weiter gestattet werden, die im Wesentlichen in die Hände des Bundesrates zu legen wären. Ob diese Bedingungen absolut genügen, die Wirklichkeit zu beirritzen, das steht allerdings dahin. Wenn Sie den Terminhandel ganz verbieten, kann er natürlich keinen Schaden mehr anrichten, aber fraglich ist es, ob nicht das Verbot auch schmerzliche Nachteile mit sich führt. Ich kann natürlich, was das anlangt, nicht für den Bundesrat sprechen und auch, da noch kein Beschluß vorliegt, nicht für das preussische Staatsministerium, aber ich selbst würde es für im höchsten Grade zweifelhaft halten, ob wir nicht durch ein völliges Verbot die Landwirtschaft in bedenklicher Weise schädigen würden, und die Verantwortung dafür, daß wir nicht durch ein Verbot der Landwirtschaft unberechenbare Schäden zufügen, diese Verantwortung kann, wie ich überzeugt bin, Niemand übernehmen. Es ist im höchsten Grade bedenklich, im Gehehe selbst ein solches Verbot auszusprechen. So weit ich es übersehe, hat der Bundesrat nicht den Standpunkt eingenommen, daß die Frage des Verbotes überhaupt niemals aufgeworfen werden dürfe. Wenn die von uns vorgeschlagenen Bedingungen für den Terminhandel nicht die gefohrte Wirkung haben, wenn es ganz klar gestellt ist, daß das Verbot der Landwirtschaft nicht mehr Schaden als Nutzen zufügt, dann wird sich der Bundesrat nicht weigern, das Verbot vorzuschlagen, aber das in diesem Gehe zu thun, ist höchst bedenklich. Bitte, lehnen Sie daher den Antrag ab. — Hierauf folgt Vertagung. Morgen: Fortsetzung, dann Interpellation Auer, betr. die Verhaftung Hueb's.

Berlin. Dem Bundesrat sind heute zwei Entwürfe zugegangen, von denen der eine die Wehrpflicht in den Schutzgebieten regelt und der andere die über die fasslichen Schutztruppen erlassenen Gesetze abändert. Der erste Entwurf bezieht sich andererseits auf Ableichung der aktiven Militärflicht in den Kolonien, während er andererseits die Veranlichung von Rekruten des Bundeslandstandes zur notwendigen Verleistung der Schutztruppen vorseht. Geistliche und Missionare sollen jedoch von diesen Verpflichtungen befreit bleiben. Der Oberkommandeur über die Schutztruppen befehligt das Nebeneinanderbestehen der militärischen und zivilen Instanzen sowohl an der Centralstelle wie in den Kolonien. Die der Schutztruppe zugehörigen Militärpersonen scheiden aus Heer und Marine aus, es bleibt ihnen jedoch der Rücktritt unter Wahrung ihres Privatlebens bei vorhandenem Wohlstand und Dienstfähigkeit vorbehalten. Im Uebrigen werden die Vorschriften über die Organisation der Schutztruppen vom Reichskanzler erlassen. — Anlaßlich des Hindenburgs v. Treitschke's ist der Familie des Verstorbenen folgendes Telegramm zugegangen: „An dem schmerzlichen Verluste, welchen Sie und die Ihrigen durch das Ableben Ihres Vaters erlitten, nehme ich den wärmsten Theil. Ich werde nie vergeßen, wie der Verehrteste als gottbegnadeter Geschichtsschreiber, als begeisterter Patriot und begeisteter Führer der deutschen Jugend für Kaiser und Reich gewirkt hat. Der Name Heinrich v. Treitschke, der mit der deutschen Geschichte und mit der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches an dem Engste verbunden ist, wird dem Vaterlande allezeit theuer an dem besten Andenken in Segen bleiben. Wilhelm I. R. Auf dem Kaiser und dem Großherzog von Baden gingen die Telegramme ein. — Die Reichstagskommission für das Verbot des

Triumph-Seeife
 für Toilette
 in jeder
 Apotheke
 und
 Parfümerie
 Handlung